Wildbader Tagblatt

Enztalbote — Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Häberle & Co., Wildbad; Pforzheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postscheckkonto 291 74 Stuttgart.

Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einspaltige 46 mm breite Millimeterzeile 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gack, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 84. Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 186 — Fernruf 479 — Montag den 12. August 1935 — Fernruf 479 — 70. Jahrgang

Das Parteiprogramm ist bindendes Recht

NSK. „Jede Weltanschauung, sie mag tausendmal richtig und von höchstem Nutzen für die Menschheit sein, wird solange auf die praktische Ausgestaltung eines Völkerlebens ohne Bedeutung bleiben, als ihre Grundsätze nicht zum Panier einer Kampfbewegung geworden sind, die ihrerseits wieder so lange Partei sein wird, als sich ihr Wirken nicht im Siege ihrer Ideen vollendet hat, und ihre Parteidogmen die neuen Staatsgrundsätze der Gemeinschaft eines Volkes bilden". So schrieb der Führer vor dem Siege der nationalsozialistischen Revolution.

Was folgt daraus? In der Kampfzeit stellte sich das Parteiprogramm als die Grundverfassung der Bewegung dar. Als aber die Bewegung die Macht im Staate errungen, als sie den alten liberalen Verfassungszustand beseitigt hatte, da war das Parteiprogramm mehr geworden als es vorher war. Enthielt es früher die „Parteidogmen", so wurde es nunmehr darüber hinaus zur Summe der „Staatsgrundsätze" der deutschen Volksgemeinschaft. Das Parteiprogramm bildet daher die Grundlage unseres heutigen Verfassungszustandes und in dieser Eigenschaft ist es objektives Recht.

Vielen Leuten, die im alten Staats- und Rechtsdenken großgeworden sind, will das nicht in den Kopf. Das war vorauszusehen. Denn im Rahmen der liberalen Weltanschauung waren Recht und Gesetz ein und dasselbe, und zwar in der Weise, daß alles, was nicht im formellen Sinne positives Gesetz war, als ein rechtsfreier Raum galt, innerhalb dessen es keine Verbindlichkeit gab: „Was nicht durch das Gesetz verboten ist, ist erlaubt". Diese Zeit kannte überhaupt kein Recht, wo nicht ein formelles Gesetz vorlag. Wir verdanken dieser Auffassung die unheilvollen Trennungen von Weltanschauung und Recht, von Recht und Sittlichkeit usw., wir verdanken ihr den Formalismus des toten Buchstabens, die sogenannte Justizkrise und die Entfremdung von Volk und Rechtsprechung.

Eine Weltanschauung, wie die nationalsozialistische, mußte die Einheit wollen und naturwidrige Trennungen beseitigen. Sie hat daher die Grundlage des alten Denkens als Ganzes bekämpft und beseitigt. Wichtig zur Erkenntnis der neuen Rechtsauffassung ist nun, daß die Bewegung hierzu nicht des formellen Gesetzes bedurfte. Die Weimarer Verfassung z. B. ist nicht als Ganzes durch Gesetz beseitigt worden; und dennoch kommt heute keiner mehr auf den absurden Gedanken, daß diese Verfassung noch gelte, daß unser Rechtsleben auf der Grundlage des so erbittert bekämpften Weimarer Systems aufgebaut sei. Nicht durch ein formelles Gesetz, sondern durch die nationalsozialistische Revolution ist die Weimarer Verfassung beseitigt worden. Und ebenso ist das Programm der Bewegung nicht durch formelles Gesetz, sondern, wie der Führer sagt, „mit dem Siege ihrer Ideen" das Staatsgrundgesetz des Dritten Reiches geworden.

Nun wissen wir, daß die 25 Punkte des Parteiprogramms „Forderungen" enthalten. „Wir fordern", so beginnt fast jeder Satz. Die Forderungen des Parteiprogramms können nun auf zwei verschiedene Arten rechtliche Wirklichkeit und Geltung erlangen.

1. Die Forderungen können ausgestaltet werden und im einzelnen durch Gesetz formuliert werden. Dieser Weg wird im Interesse der Rechtssicherheit von unserer Regierung dauernd beschritten und allmählich zu Ende gegangen. Es wäre nun ganz und gar verkehrt, annehmen zu wollen, daß das Parteiprogramm erst insoweit Recht wird, als es seine gesetzliche Ausgestaltung erfährt. Nein: hierbei handelt es sich nur um die nähere Regelung eines Rechtszustandes, der bereits da ist. Das heißt:

2. Das Parteiprogramm hat als Ganzes bereits seit dem Frühjahr 1933 Rechtsgeltung. Es enthält die wahre Verfassung des Dritten Reiches. Durch die neue Gesetzgebung tritt sie nun in ein weiteres Stadium rechtlicher Wirksamkeit ein. Die Gesetzgebung ist der Anfang zur Entfaltung eines bereits vorhandenen Rechtszustandes.

Dies wird bei den Gerichten manchmal verkannt, und daraus ergeben sich manche Unzuträglichkeiten. Um zu zeigen, wie wichtig es ist, daran festzuhalten, daß man das Parteiprogramm für Recht hält, mögen einige Beispiele folgen.

Wir sagen: Der Satz aus Punkt 24 des Programms „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" ist bindendes Recht. Daraus folgt, daß alle jene allgemein gehaltenen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches usw., die früher individualistisch ausgelegt und gehandhabt wurden, d. h. die zum Nutzen des Eigennutzes und gegen den Gemeinnutz angewandt worden sind, heute vom Gemeinschaftsgedanken her, „sozialistisch", zu deuten und anzuwenden sind. In solchen Fällen hat sich der Wortlaut, der Buchstabe des Gesetzes meist gar nicht geändert; und doch wird mit Hilfe solcher Gesetze heute ein ganz anderes, vollsnäheres Recht gesprochen wie früher. Die Rechtsauffassung hat sich also geändert bei gleichbleibendem Gesetzestext. Wenn die Rechtsveränderung somit nicht im Gesetz liegt, so müssen wir sie wo anders suchen. Und in der Tat: Die Rechtsänderung liegt darin, daß die weltanschaulichen Verfassungsgrundsätze der Weimarer Zeit ihre Geltung verloren haben, daß an ihre Stelle das Parteiprogramm mit dem Satze „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" als bindendes Recht getreten ist. Wenn wir nicht annehmen würden, daß unser Parteiprogramm geltendes Recht sei, dann würde eine solche Aenderung des Rechtspraxis bei gleichbleibendem Gesetzeswortlaut weder zu erklären, noch auch zu rechtfertigen sein.

Ein anderes Beispiel, das heute gesteigertem Interesse begegnet: In den Punkten 4 und 5 des Programms steht, daß Juden weder Volksgenossen noch Staatsbürger sein können, sondern unter Fremdenrecht stehen. Zum Teil ist diese Forderung schon formell-gesetzlich verwirklicht, z. B. in der Beamtengesetzgebung, im Wehrgesetz u. a. Dennoch ist dieser Satz auch außerhalb dieser Gesetze bindendes Recht. Das haben auch jene Standesbeamten mit richtigem Instinkt empfunden, die ihre Mitwirkung bei der Schließung von Mischehen verweigert haben. Einige Gerichte, die doch bestimmt mit sorgfältig denkenden und geschulten Juristen besetzt sind, wie das Amtsgericht Wetzlar, haben diese Haltung der Standesbeamten als richtig bestätigt. Der Gauleiter Burckel hat für das Gebiet der Pfalz angeordnet, daß die Standesbeamten ihre Assistenz bei der Eingehung von Mischehen zu versagen hätten; die Erregung des rechtlich empfindenden Volkes war gegen die artvergessenen Volksgenossen so gestiegen, daß polizeiliche Maßnahmen die Ruhe gewährleisten mußten. Reichsminister Dr. Göbbels hat auf dem Gauparteitag in Essen ausgesprochen, daß es in Zukunft in Deutschland keine Mischehen mehr geben werde. Die dies gesagt haben, sind Männer, die in Staat und Bewegung an hervorragender Stelle stehen. Ihre Anschauungen haben sie nicht aus der Luft gegriffen, sondern ihre Worte stehen auf einem festen rechtlichen Boden. Dies ist der Boden des Parteiprogramms. Ein Zeichen, daß die Punkte 4 und 5 des Programms von Beamten und Gerichten, sowie Männern des öffentlichen Lebens für bindendes Recht gehalten werden.

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Sie zeigen zur Genüge, daß das Parteiprogramm Recht ist, zwar in anderer Weise und anderer Form, als die Gesetze, aber darum nicht weniger wirksam. Ja, das Parteiprogramm ist die ausschließliche Grundlage unserer ganzen Rechtspraxis.

Bung.

Die Blutnacht von Toulon

Frankreichs Mittelmeerkriegshafen in Aufruhr

Die Aufruhrparolen des Moskauer Kominternkongresses haben in dem mit den Sowjets befreundeten Frankreich politische Explosionen hervorgerufen, die von der Regierung Laval nur mit schwerster Sorge betrachtet werden können. Es ist kein Zufall, daß die Unruhen besonders in dem Mittelmeerhafen Toulon ihre wüstesten Formen annahmen. Hier ist der Südfranzose zu Hause. Hier hat auch der französische Neger, den man sehr bereitwillig aus den afrikanischen Kolonien als Arbeiter herüberholte, ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Kein Wunder, daß die Unruhen auch anti-faschistische Züge trugen. Neger bleibt Neger, und der Abessinien-Konflikt ist gerade für kommunistische Hetzer ein glänzender Anlaß, um nicht nur gegen die Kriegspolitik Italiens, sondern gegen die „Klassenherrschaft der Bourgeoisie" überhaupt zu hetzen. Die alten Parolen des Bolschewismus stehen also in Frankreich wieder in voller Blüte. Und wie immer saugen die Extremen die unschlüssig Mitgleitenden auf. Die Worte „Streik" und „Meuterei", die noch eben wie leere Schlagworte über die Häupter der Menge flogen, werden im Handumdrehen zu blutiger Wirklichkeit. Der Regierung bleibt kein anderer Weg, als unter Einsetzung aller Machtmittel des Staates die Empörung niederzuschlagen.

Toulon ist neben Brest der wichtigste Kriegshafen Frankreichs. Es liegt am Ende der Tiefen Bucht von Toulon am Mittelländischen Meer. Der Charakter der Stadt ist durch die Nähe Afrikas stark beeinflußt. Die Stadt zählt mehr als weit über 100 000 Einwohner. Als Handelshafen ist sie wenig bedeutend. Als Kriegshafen aber hat sie einen alten Ruf. Ihr Marinearsenal, das eine Fläche von 270 Hektar bedeckt, und über 10 000 Arbeiter beschäftigt, wurde im Jahre 1680 nach Plänen des berühmten französischen Festungsbauers Vauban errichtet.

Der Kriegshafen von Toulon ist außerordentlich sicher. Er wird durch zahlreiche Forts und Batterien, die die umliegenden Höhen und Vorgebirge krönen, geschützt. Mehrere Leuchttürme sichern die Einfahrt. Der Kriegshafen zerfällt in die Darse Vieille, die teilweise auch der Aufnahme von Handelsschiffen dient, und die Darse neuve, den eigentlichen Kriegshafen. Außerdem hat Toulon noch den kleinen Handelshafen Port de la Rode. In Toulon gibt es eine Reihe bekannter historischer Bauwerke. Mehr berüchtigt als berühmt ist das Zuchthaus von Toulon. Es ist die größte Strafanstalt Frankreichs. Toulon ist auch zugleich der Hafen, von dem aus die Deportationen nach Cayennes erfolgen und ist darum wohl eine der meist gehaßten und verfluchten Städte.

Die Geschichte der Stadt geht weit ins Altertum zurück. Sie war schon als griechische Kolonie durch ihre Färbereien berühmt. Im Mittelalter wurden um den Besitz Toulons heftige Kämpfe geführt. Ludwig XIV. ließ es als erster in der Erkenntnis der Bedeutung für die Beherrschung der Schiffahrt des Mittelländischen Meeres befestigen. Seitdem konnte die Stadt, die mehrfach belagert worden ist, nur schwer eingenommen werden. Aber das schreckliche Ereignis spielte sich im Jahre 1793 ab. Während der ersten französischen Revolution erhob sich die Bevölkerung im Juli 1793 gegen den Konvent und übergab die Stadt, nachdem sie vom Konvent geächtet worden war, der vereinigten spanischen Flotte unter Admiral Hood. Von der Landseite aus war Toulon vom republikanischen Heer eingeschlossen, aber die Besatzung kapitulierte nicht, sondern schloß den erwähnten Vertrag mit den Spaniern und Engländern. Vom 29. August bis 19. Dezember dauerte die Belagerung von Toulon, das sich tapfer verteidigte. Dann aber wurden die Engländer und Spanier, nachdem Bonaparte das Fort Mulgrave eingenommen hatte, zum Abzug gezwungen. Toulon wurde erobert und die Konvents-Kommissare Barras, Freron und der jüngere Robespierre verhängten über die Besatzung und Bürgerschaft ein furchtbares Strafgericht. Ueber 3000 Menschen wurden hingerichtet. Es hat viele Jahre gedauert, ehe sich Toulon von dem Schrecken der französischen Revolution wieder erholt hat. Ihrer blutigen Vergangenheit scheint sie trotzdem nicht untreu geworden zu sein.

*

Folgen des Streiks bei der „Compagnie Transatlantique"

Paris, 10. Aug. Zu dem am Freitag beendeten Streik der Schiffsbesatzungen der „Compagnie Transatlantique" schreibt der Figaro, die ausländischen Reisenden ständen nunmehr den französischen Schiffen argwöhnisch gegenüber. Schon im Mai habe es einen Streik auf der „Champlain" gegeben, und die Jungfernfahrt der „Normandie" hätte um ein Haar verschoben werden müssen. Der soeben beendete Streik habe der französischen Flagge sehr geschadet. 50 Fahrgäste der „Champlain" hätten die Reise nach Amerika auf ausländischen Schiffen angetreten. Ihre Zahl wäre noch sehr viel größer gewesen, wenn nicht die deutschen und die englischen Schiffe, die in diesen Tagen Europa verlassen hätten, völlig besetzt gewesen wären. Diese Fahrgastflucht scheine anzuhalten. Bei der Compagnie Transatlantique seien schon zahlreiche Anträge — vor allem von Ausländern — eingelaufen, bereits gemietete Schiffsplätze zurückzugeben und die Fahrscheine auf andere Schiffahrtsgesellschaften übertragen zu dürfen.

*

Ruhe nach dem Sturm

Paris, 10. Aug. In Toulon herrschte am Freitag Ruhe nach dem Sturm. Die Arbeiter haben wie üblich um 17 Uhr die Arsenale und Werkstätten verlassen, um sich ohne jeden Zwischenfall nach Hause zu begeben. Eine Abordnung der Gewerkschaft ist vom Unterpräfekten empfangen worden. Sie legte Wert auf die Feststellung, daß die Arbeiter der Arsenale nicht mit den Meuterern der vergangenen Nacht verwechselt werden. Der stellvertretende Präfekt des Departements dementiert ferner die Gerüchte, wonach die Gasanstalt von Toulon explodiert sei. Gleichzeitig wies der Präfekt darauf hin, daß unter den Verhafteten

Kurze Tagesübersicht

Gauleiter Forster Danzig sprach zum Danzig-polnischen Ausgleich. Er betonte, daß hier die Danzig-polnische Verständigung ihre erste Feuerprobe bestanden habe.

*

Für die am 4. September stattfindende 88. Ratstagung in Genf wird jetzt vom Völkerbundssekretariat das vorläufige Programm veröffentlicht.

*

Ministerpräsident Laval erklärte beim Empfang sämtlicher Präfekten Frankreichs, daß das bisherige „Fortwursteln" im Verwaltungsbetrieb mit den Erfordernissen der Stunde unvereinbar sei.

*

Die Veröffentlichung des Matin über einen angeblichen Donaupakt, der an die in Frage kommenden Regierungen überreicht worden sei, wird von Havas dementiert.

*

In Nordamerika wird von den Gewerkschaften der Generalstreik vorbereitet, um die Forderung durchzudrücken, daß den Notstandsarbeitern Gewerkschaftslöhne bezahlt werden.

*

Den Leichtathletikländerkampf gegen England in München konnte Deutschland nach härtestem Kampf nur knapp mit 75:61 Punkten gewinnen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

und Verletzten fast keine Arbeiter der staatlichen Werkstätten seien. Es handle sich zum größten Teil um Dockarbeiter oder lichtscheues Gesindel, das nur auf die Gelegenheit warte, plündern zu können. Unter ihnen befinden sich viele Ausländer, besonders Polen und Italiener. Von den verhafteten Unruhestiftern sind im Laufe des Tages 33 wieder entlassen worden. 40 wurden in das Gerichtsgefängnis überführt, um in den nächsten Tagen vom Schnellgericht abgeurteilt zu werden. Der Gerichtsarzt hat ferner die Sezierung der beiden Todesopfer vorgenommen. Einer der beiden ist an den Folgen eines Schädelbruches gestorben, während der andere eine Revolverkugel in die Brust erhielt, die ihm die Lunge durchbohrte. Zwei Schwerverletzte schweben immer noch in Lebensgefahr. Die Beisetzung der Todesopfer wird wahrscheinlich nicht vor Montag stattfinden.

Zwei weitere Todesopfer in Toulon?

Blutiges Nachspiel in Brest

Paris, 11. Aug. Von den bei den Unruhen von Toulon schwer verletzten Kundgebern liegt einer im Sterben. Auch der Zustand eines zweiten wird als hoffnungslos angesehen, sodaß wahrscheinlich insgesamt vier Todesopfer der Meuterei zu verzeichnen sein werden.

Die Beisetzung der beiden am blutigen Abend selbst ums Leben gekommenen Personen fand am Sonntag vormittag unter großer Anteilnahme der gewerkschaftlich organisierten Verbände und der Bevölkerung statt.

Die Zwischenfälle im Kriegshafen von Brest haben am Sonntag ein Nachspiel gehabt. Zwei Unteroffiziere eines Kolonialregiments, die das Wachkommando versahen, das zu den Arbeiten am Panzerkreuzer „Dünkirchen" kommandiert worden war, wurden abends von mehreren Personen überfallen. Aufs äußerste bedrängt, gab ein Unteroffizier auf einen Angreifer Revolverschüsse ab, die in die Herzgegend drangen. Der Schwerverletzte, an dessen Aufkommen gezweifelt wird, ist ins Marinekrankenhaus eingeliefert worden.

Gauleiter Forster

zum Danzig-polnischen Ausgleich

Danzig, 10. Aug. In einem für die Presse bestimmten Aufsatz schreibt der Gauleiter von Danzig, Albert Forster, u. a.:

Polen und Deutschland haben in Europa eine große gemeinsame Aufgabe zu erfüllen. Sie besteht darin, den im Osten Europas zur Macht gelangten Bolschewismus unter allen Umständen vom übrigen Kontinent fernzuhalten. Gerade der in diesen Tagen in Moskau stattfindende Kongreß aller führenden Kommunisten der Erde weist auf die Gefahr hin, die von dort der ganzen abendländischen Kultur droht. Solange Polen und Deutschland in der großen Politik sich gegenseitig verständigen, wird es der Dritten Internationale unmöglich sein, in Mitteleuropa festen Fuß zu fassen.

Die Danzig-polnische Verständigung, die vor zwei Jahren angebahnt wurde, hat ihre erste Feuerprobe in diesen Tagen bestanden. Darüber hinaus hat sich aber auch im Zusammenhang damit gezeigt, wie wertvoll die Verständigungspolitik zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und Polen ist. Wenn beispielsweise die Streitfragen zwischen Danzig und Polen, die in diesen Tagen zur Debatte standen, vom Völkerbund geklärt hätten werden müssen, dann wären diese Streitfragen trotz so und so vieler Sitzungen und Besprechungen niemals aus der Welt geschafft worden. Zumindest wäre eine Entscheidung des Völkerbundes bestimmt nicht zur Zufriedenheit beider am Streitfall beteiligten Staaten ausgefallen.

Die wirtschaftlichen Erschütterungen sind durch Verhandlungen zwischen den maßgebenden Männern Danzigs und Polens zu ihrem Abschluß gekommen. Es ist damit eine für beide Teile schädliche Situation aus der Welt geschafft worden. Was Danzig will, ist nichts anderes, als im Rahmen der bestehenden Verträge zu leben und deutsch zu bleiben. Polen mag davon überzeugt sein, daß es mit uns in Danzig auf das beste zusammenarbeiten kann, wenn wir sehen, daß es alles tut, nicht nur die ihm in den Verträgen zustehenden Rechte für sich in Anspruch zu nehmen, sondern auch die ihm auferlegten Pflichten Polen gegenüber zu erfüllen. Ebenso muß sich Polen aber darüber klar sein, daß wir uns, wenn man Danzig in seinem Deutschtum und in seinem Lebensnerv, d. h. seiner Wirtschaft treffen will, bis zum letzten Augenblick zur Wehr setzen.

Dieser Streitfall und seine Bereinigung hat politisch gesehen immerhin etwas Gutes an sich. Alle Feinde Deutschlands und der deutsch-polnischen Verständigung, die in den letzten drei Wochen in ihrer Presse gejubelt haben und sich schon darauf freuten, daß die Verständigungspolitik zwischen Deutschland, Danzig und Polen ihre Feuerprobe nicht bestehen würde, wurden auf das bitterste enttäuscht. Denn wie diese internationale Judenpresse in allen anderen Fragen, die die nationalsozialistische Politik angehen, mit ihren Vermutungen hereingefallen ist, so auch diesesmal wieder. Das freut uns am allermeisten. Außerdem mag die Welt an diesem Beispiel erkennen, daß unser Führer Adolf Hitler recht hat, wenn er in seiner letzten Reichstagsrede den Gedanken der Verständigung zwischen zwei Staaten für nützlicher hält als kollektive Sicherheiten, so wie sie in Genf gepredigt werden.

Unsere nationalsozialistische Verständigungspolitik hat sich jedenfalls in diesen Tagen bewährt. Wir wünschen nur, daß sich diese Einigung, die jetzt von beiden Staaten erzielt worden ist, auch für die Wirtschaft als nützlich erweist. Wir erwarten, daß Polen den Zustand, der in wirtschaftlicher Hinsicht vor dem 17. Juli bestand, nicht nur formalrechtlich, sondern auch in der Praxis wieder herstellt. Dabei muß offen betont werden, daß es beiderseits aller Bemühungen bedarf, um den der Danziger Wirtschaft zugefügten Schaden zu beseitigen.

Sterilisierung — in der ganzen Welt

„Wer körperlich und geistig nicht gesund und würdig ist, darf sein Leiden nicht im Körper seines Kindes verewigen"

Dieses Wort des Führers steht über allen Maßnahmen des Staates zur Gesunderhaltung unseres Volkes und zur Verhinderung einer überragenden Ausbreitung lebensuntüchtigen Erbgutes.

Jahrhundertelang haben die Menschen im Zeichen einer falsch verstandenen „Humanität"

gegen das göttliche Gesetz der Auslese gesündigt,

das immer nur die Fortpflanzung bester Lebenskraft gestattet. Mit viel Mühe und Kosten brachte man häufig solche Erbuntüchtigen direkt künstlich zur Fortpflanzung und verringerte gleichzeitig die Lebensmöglichkeit für den erbgesunden Teil unseres Volkes, der die Mittel für die Erhaltung und Vermehrung solcher künstlichen Züchtungsprodukte aufbringen muß.

Unser Volk trieb sich dadurch zum Selbstmord.

So war es ein Akt der Notwehr im Ringen um die Selbstbehauptung unseres Volkes, wenn der nationalsozialistische Staat das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" in Kraft setzte. Ein kleiner Eingriff, der dasselbe darstellt wie die Verjüngungsmethode von Steinach, befreit die an ihrem Schicksal schuldlosen Erbkranken von der Gewissenslast, durch Leichtsinn oder Unkenntnis ihr Leid unschuldigen Kindern aufzubürden.

Die führenden Wissenschaftler der ganzen Welt

haben die Richtigkeit der deutschen Maßnahmen erkannt, wie folgende Entschließung der II. Konferenz des Internationalen Verbandes Eugenischer Organisationen in Zürich zeigt:

„Die Versammlungsteilnehmer, die bei Gelegenheit der II. Konferenz des Internationalen Verbandes Eugenischer Organisationen in Zürich anwesend sind und die verschiedensten Länder der Erde vertreten, stellen fest, daß sie in den viertägigen Verhandlungen bei aller Verschiedenheit ihres politischen oder weltanschaulichen Standpunktes doch die tiefe Ueberzeugung geeint hat, daß rassenhygienische Forschung und Praxis für alle Kulturländer höchst lebenswichtig und unausweichlich sind. Der Kongreß empfiehlt den Regierungen der Welt, in gleicher sachlicher Weise, wie dies bereits in einigen Ländern von Europa und Amerika geschehen ist, die Fragen der Erbbiologie, Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene zu studieren und deren Ergebnisse zum Wohle ihrer Völker anzuwenden."

Außer Amerika, dem Schweizer Kanton Waadt und Deutschland haben seither eine große Zahl europäischer Staaten derartige Gesetze in Kraft gesetzt.

Sterilisierungsgesetze

bestehen daher heute außer in den eben genannten Ländern **in Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark und Estland.**

Gesetzentwürfe liegen vor in Polen, Tschechoslowakei, Japan, Jugoslawien, Rumänien, Neuseeland und in den baltischen Staaten. Allein diese Tatsache zeigt uns, daß es sich hierbei um **eine lebenswichtige Aufgabe für alle Kulturstaaten der Erde** handelt und nicht um eine „deutsche Barbarei", wie es böswillige Kritiker immer hinzustellen belieben. Es ist der Geist der Verneinung, der Ewiggestrigen, die aus Angst, eine bezogene Machtposition einzubüßen, jeden wissenschaftlichen Fortschritt mit Index und Scheiterhaufen bekämpft haben. Aber

der Siegeszug der Wahrheit

hat sich nie, und wird sich auch in Zukunft nicht aufhalten lassen.

Ueberall in der Welt ist die Erkenntnis im Vormarsch, daran kann keine Beschimpfung, keine Fälschung und keine organisierte Hetze etwas ändern.

Vom Führer ausgezeichnet

Ehrung für die Hochträger der Nanga-Parbat-Expedition

Berlin, 10. Aug. Der „Völkische Beobachter" meldet: In selbstloser, hilfreicher und oftmals auch gefahrvoller Kameradschaft haben englische und deutsche Bergsteiger seit der ersten deutschen Himalaya-Expedition im Jahre 1929 um die höchsten Gipfel der Erde gerungen. Dabei haben auch die einheimischen Träger, die Untertanen des britischen Weltreiches sind, den Deutschen treue und unschätzbare Dienste geleistet und mehr als einmal ihr Leben für die deutschen Bergsteiger und deren Ziele eingesetzt. Vor allem auch bei der schweren Katastrophe, die die letzte deutsche Nanga-Parbat-Expedition im Jahre 1934 erlitt, haben treue Träger aus dem Stamme der Scherpa bis zuletzt bei ihren Herren ausgehalten, und sechs dieser treuen Hochträger haben dabei ihr Leben gelassen.

Der Führer und Reichskanzler hat in Würdigung dieser übermenschlichen Leistungen veranlaßt, den in den Hochlagern am Nanga Parbat auf das äußerst erprobten Trägern Angtsering, Kikuli, Kitar, Pasang, da Tundu, die als letzte zurückgekehrt sind, das Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes zu verleihen.

Der Reichssportführer von Tschammer und Osten hat außerdem all den Hochträgern, die sich auf der Expedition ausgezeichnet haben, eine Gedenkmünze verliehen, deren Entwurf von dem Berliner Künstler Klein stammt. Das deutsche Generalkonsulat in Kalkutta wird den Trägern die Auszeichnung in Indien verleihen.

Reformvorschläge für die Fürsorgeerziehung

Berlin, 10. Aug. In der Abteilung für Erb- und Rassenpflege des Reichsgesundheitsamts sind Erwägungen über die Durchführung der Fürsorgeerziehung nach der Richtung angestellt worden, ob ihre jetzige Handhabung der Wirtschaftlichkeit einerseits und der sozialpolitischen Weltanschauung des Nationalsozialismus andererseits entspricht. F. Dubitscher, der darüber berichtet, erklärt, daß schon die nicht unerheblichen Ausgaben für die Fürsorgeerziehung, die in Preußen rund 19 Millionen im Jahre 1933 betrugen, eine erhöhte Aufmerksamkeit in dieser Frage rechtfertigen. Die Dauer der Fürsorgeerziehung bei den 1933 entlassenen Fürsorgezöglingen, die in 31,2 Prozent der Fälle zwischen 5 und 10 Jahren und in 17,8 Prozent der Fälle mehr als 10 Jahre betrug, die Annahme nahe, daß es sich hierbei kaum mehr um eine Umweltschädigung als vielmehr um einen Defekt in der Anlage handelt. Diese Annahme werde dadurch unterstützt, daß von den entlassenen rund 7000 Zöglingen nur in 1113 Fällen der Erziehungszweck erreicht wurde, während der weitaus größte Teil nur wegen Erreichung der Altersgrenze entlassen wurde.

Die Durchführung einer amtlichen Kontrolle der Bewährung ehemaliger Zöglinge im Leben wäre sehr zweckmäßig. Weiterhin bedürfe der hohe Prozentsatz der Zöglinge, die als beschränkt, schwachsinnig oder psychopathisch angesehen werden (fast 40 Prozent), dringend einer Klärung in der Richtung, wie stark die Beteiligung der Erbkranken an dieser Zahl sei. Es müsse **eine klare Scheidung der unerziehbaren und erbbiologisch Minderwertigen von den übrigen Fällen** erfolgen. Es entspräche nicht der nationalsozialistischen Weltanschauung, erbbiologisch vollwertige, rassisch einwandfreie, körperlich und geistig tüchtige Jugendliche, die nur durch äußere Umstände einen erhöhten Aufwand für soziale Erziehungsmaßnahmen erfordern, zu benachteiligen und sie solchen Jugendlichen gleichzusetzen, die allen Erziehungsversuchen zum Trotz auf Grund ihrer minderwertigen erblichen Anlage das Volk von heute und durch ihre Nachkommen auch das Volk von morgen belasten. Für diese seien statt sozialer Erziehungsmaßnahmen vorwiegend Bewahrungsmaßnahmen am Platze. Damit werde nicht nur eine erhebliche Einsparung von Mitteln erreicht, sondern auch eine Entlastung der Erzieher und eine Anwendung der Erziehungsmaßnahmen am rechten Platz. Der schlechte Einfluß der Unerziehbaren falle fort, und es biete sich häufig die Möglichkeit einer frühzeitigen Unterbringung in Familienpflege und Arbeits-

Eine große Sehnsucht

Roman von Marie Blank-Eismann.

12 Nachdruck verboten

Regina hing sich an den Arm der Mutter und ließ sich von ihr nach ihrem Zimmer führen. Dort sank sie völlig erschöpft auf das Bett nieder und wühlte ihren Kopf in die Kissen.

Frau Christine streichelte leise über das zuckende Gesicht ihres Kindes und flüsterte:

„Du mußt vergessen, Regina —"

„Das kann ich nicht Mutter —"

„Du wirst es lernen müssen. Ein Menschenherz vermag viel zu ertragen, Regina. Man stirbt nicht an gebrochenem Herzen."

Frau Christine beugte sich einmal über Regina, drückte einen Kuß auf deren Stirn und huschte aus dem Zimmer.

Regina war allein.

Und aufschluchzend barg sie ihr Gesicht in die Kissen und weinte bitterlich.

Wie eine Nachtwandlerin ging Regina in den nächsten Tagen umher.

Sie aß und trank, sie sprach gleichgültige Worte und doch schien es ihr oft, als wäre sie gar nicht mehr selbst, als ginge eine Fremde durch dieses Haus.

Laut und ungestüm rief die Stimme ihres Herzens nach dem Geliebten.

Aber durfte sie ihn denn wiedersehen?

Nein! Nein! Sie mußte zu vergessen suchen.

Langsam schüttelte Regina den Kopf. Immer mehr fühlte sie, daß die Liebe zu Harald von Falkenberg ihr Herz ganz erfüllte. Ob sie in einem Buch las, ob sie sich über ihre Handarbeit beugte oder irgendeiner Beschäftigung im Hause nachging, immer und immer tauchte sein Bild vor ihr auf — immer sah sie ihn als Romeo vor sich stehen.

War dieses Kostüm nicht wie ein Fingerzeig des Schicksals gewesen? Auch Romeo liebte die Tochter seines Feindes, auch ihm wurde das Glück der Liebe durch den Haß vergällt.

Immer wieder mußte Regina an die glücklich-unglücklich Liebenden denken. Würden sie und Harald nicht das gleiche Schicksal erleiden müssen?

„— — schreibe mir, wo eine Begegnung möglich ist —"

Doch Tage vergingen, ohne daß sie den Mut fand, zu schreiben.

Hatte sie nicht geschworen, die Falkenbergs zu hassen? Durfte sie meineidig werden?

Sie befand sich in einer verzweifelten Stimmung.

Dabei sah sie mit verwundertem Erstaunen, daß Kommerzienrat Schillings jeden Morgen prachtvolle Blumensträuße schickte, die für sie abgegeben wurden. Auch erschien er Abends sehr oft zum Essen und wurd von ihrem Vater mit besonderer Zuvorkommenheit willkommen geheißen, so daß Regina sich an ihre Mutter wandte und fragte:

„Mutter, was sollen alle diese Blumen bedeuten?"

Frau Christine seufzte leise.

„Kind, errätst du nicht, weshalb Kommerzienrat Schillings das alles tut?"

Regina tastete nach ihrem Herzen, dessen Schlag auszusetzen drohte.

„Mutter, Mutter, ist es möglich, daß Kommerzienrat Schillings als Brautwerber kommen wird — er könnte mein Vater sein."

„Es sind schon manche ungleiche Ehen geschlossen worden, Regina. Vater sieht in dieser Verbindung ein großes Glück für dich."

„Ich werde bei solchen Angelegenheiten nicht nach meiner Meinung gefragt, Rgina."

Da eilte diese auf die Mutter zu, fiel vor ihr in die Knie nieder, umklammerte deren Hände und bettelte:

„Aber du wirst es doch nicht dulden, Mutter, daß Vater mich zu einer solchen Heirat zwingt. Er kann doch nicht von mir verlangen, daß ich ohne Liebe mich einem Manne zu eigen gebe."

„Ich habe bishr vergeblich versucht, deinen Vater von seinen Plänen abzubringen, Regina. Ihm erscheint eine Verbindung mit Kommerzienrat Schillings als ein großer Gewinn für den Overhof, denn Schillings hat alle Wechsel der Falkenbergs in seinen Händen und der Tag kommt immer näher, an dem Schloß Falkenberg in den Besitz Schillings übergehen wird. Er aber will dann das Schloß seiner Braut zum Hochzeitsgeschenk machen und da es seit Jahrzehnten der Wunsch deines Vaters ist, diesen stolzen Besitz in seine Hände zu bekommen, wirst du begreifen, daß er keinen anderen Gedanken mehr kennt, als daß du die Frau des Kommerzienrats Schillings werden sollst."

„Verkaufen will er mich also—?"

„Noch ist es nicht so weit, Regina, denn ich hoffe, daß dein Vater dich nicht zu dieser Heirat zwingen wird, wenn du ihm sagst, daß du so nicht glücklich werden kannst."

„Ob Vater wirklich nach meinem Glück fragt? Jedes Mittel, sein zu erreichen, wird ihm recht sein, und er wird sich keine Gewissensbisse machen, das Leben und die Zukunft seines einzigen Kindes zu opfern, wenn dafür sein Haß gegen die Falkenbergs einen neuen Triumph feiern kann."

Frau Christine nahm Rginas Kopf zwischen beide Hände, schaute ihrem Kinde mit ernsten Blicken in die Augen und flüsterte dan nach langem Stillschweigen:

„Wir Frauen sind zum Leiden und Dulden bestimmt, Regina. Deshalb bitte ich dich, beschwöre nicht neues Leid und Kummer herauf, füge dich dem Willen deines Vaters, denn es wird vergebliches Bemühen sein, sich dagegen zu wehren."

Frau Christine erhob sich rasch und verließ das Zimmer, da von der Diele her Martin Overhofs scheltende Stimme zu hören war.

Wie betäubt blieb Regina zurück.

Wie auf einm rasch rollenden Filmstreifen sah sie plötzlich Bilder der Zukunft vor sich und erschrak so sehr darüber, daß sie mit angstvoller Stimme flüsterte:

„Ich muß Harald sprechen. Und von seiner Entscheidung soll meine Zukunft abhängen."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

stellen, ferner die Möglichkeit einer früheren Entlassung mit der Aussicht, auf dem Wege über Arbeitsdienst und Jugendorganisation der Partei diesen Fürsorgezöglingen wieder den Weg in die Volksgemeinschaft zu eröffnen.

Nationalpolitische Schulung

aller höheren Schüler

Berlin, 10. Aug. In einem Erlaß an die Oberpräsidenten erklärt, wie NdZ. berichtet, der Reichs- und preußische Erziehungsminister Rust, die Erfahrungen mit den von ihm im Oktober 1933 empfohlenen nationalpolitischen Lehrgängen für höhere Schulen seien außerordentlich günstig. Er ersucht daher um sofortige Prüfung, ob und inwieweit die Einrichtung solcher nationalpolitischer Schülerlehrgänge in den einzelnen Provinzen geboten und möglich erscheinen.

Die Lehrgänge sollen eine Dauer von drei Wochen haben und vorwiegend in die Sommermonate fallen. Die nationalpolitischen Lehrgänge sind eine Einrichtung der Schule, sämtliche Schüler und Schülerinnen sind daher zur Teilnahme verpflichtet. Die Kosten haben grundsätzlich die Eltern zu tragen. Minderbemittelten Schülern sind möglichst Beihilfen zu gewähren. Nichtarische Schüler sind von der Teilnahme grundsätzlich ausgeschlossen. Jungen- und Mädchenlager sind getrennt. Die nationalpolitische Schulung im Lager vollzieht sich in vier Formeln, nämlich durch Sport, durch Erschließung der Landschaft in Wanderungen und praktischer Arbeit, durch Schulungsvorträge und durch Heimabende. Jeder „Schulbetrieb" soll unbedingt vermieden werden: es kommt im Lager nicht auf das Lernen an, sondern auf das Erleben.

40 000 Frontsoldaten und Kriegsopfer

in Tübingen

Tübingen, 11. Aug. Das 3. Treffen schwäbischer Frontsoldaten und Kriegsopfer in der Universitätsstadt Tübingen war eine machtvolle Kundgebung des gemeinsamen Frontsoldatengeistes und ein flammendes Bekenntnis zu Führer und Volk. Es wurde eingeleitet durch eine große Kundgebung und Fahnenweihe auf dem Universitätssportplatz. Reichsstatthalter und Gauleiter Murr betonte den Fortschritt, den die Wehrhaftmachung seit dem letzten Zusammentreffen der Frontsoldaten gemacht habe. Zu dieser Zeit war man noch eine Wehrmacht zweiten Ranges. Diese Unzulänglichkeit empfand niemand schmerzlicher als die Frontkämpfer und sie erinnern sich darum heute auch besonders dankbar der großen Tat des Führers. Ihnen, die sich für Deutschland eingesetzt haben, ist oberster Befehl: alles für Deutschland, jeder Blutstropfen dem Führer.

Reichskriegsopferführer Oberlindober

hob den Waffenruhm der schwäbischen Regimenter hervor Eine solche Erinnerung verpflichte. Ergraut, selbstbewußt und bescheiden zugleich, 20 Jahre älter und doch die Gleichen wie damals, verkörpern die Frontkämpfer auf Grund ihres Kameradschaftsgeistes und Opfermutes der heutigen Jugend, in der sie die Fortsetzung des soldatischen Lebens sehen, ein leuchtendes Ideal. Fortsetzung des soldatischen Lebens im Frieden und Frieden unter den Völkern ist die besondere Aufgabe der Frontsoldaten Zehn Millionen Holzkreuze schreien nach Frieden. Frontsoldaten reden von Frieden, Drückeberger, die jetzt im Ausland leben, Bürger, die Deutschland verloren hat, ohne ihnen nachzutrauern, die sprechen von Krieg. Vom Krieg darf nur sprechen, wer im Krieg im vordersten Schützengraben seinen Mann gestanden hat und stehen will.

Dann kam der Kriegsopferführer auf die unzufriedenen Zeitgenossen innerhalb des Reiches zu sprechen. Er sprach von „ewig verhinderten Reichskanzlern", von Erzberger und seiner Gefolgschaft, die heute wieder alles besser wissen wollten und daß wir als anständiges Volk mit der Gefolgschaft von Devisenschiebern nichts zu tun haben wollen. Wir sind deutsch und religiös. Nicht aber darf die Kirche in Gegensatz zu Staat und Volk treten. Galten diese Worte dem politischen Katholizismus, der früheren Zentrumspartei, so waren die folgenden an die gerichtet, die die Welt um 20 Jahre zurückschrauben möchten, an die Monarchisten, „die gehobene Gesellschaft", die es im Krieg nicht gab.

Allen Nörglern gegenüber rechtfertigt die junge deutsche Wehrmacht, die vor uns steht, ihre Existenz, ihre Stärke und ihr Geist die letzten zwei Jahre vor aller Gewissen. Und nicht nur die Wehrmacht, auch der Arbeitsdienst, der deutscher Arbeit wieder neuen Adel verlieh, ferner die Gliederungen der NSDAP. und ihre großen erzieherischen Kräfte, alle stehen wir durch sie im Kontakt mit dem Geist, in dem zwei Millionen der Besten an der Front gefallen sind. Die Arbeiter schöpfen aus ihrer Arbeit wieder Kraft und Freude, die Bauern erkennen sich in ihrem Wert und werden darin erkannt. 400 000 Kriegsbeschädigte waren erwerbslos, ihre Zahl ist auf 50 000 zurückgegangen. Auf 36 000 Kriegerfamilien fallen insgesamt 6000 Einfamilienhäuser Aber all diese Fortschritte werden die „Stammtischpatrioten" nicht überzeugen können. Es geht vorwärts, langsam, aber keinen Schritt rückwärts. Was wir jetzt errungen haben, gehört uns fürs ganze Leben und der ideelle Gewinn ist ein unsagbar großer. „Der Führer war, ist und bleibt unser guter Kamerad", mit diesen Worten schloß der Reichskriegsopferführer Oberlindober seine von stürmischem Beifall begleitete Rede. Es wurde noch ein Fernschreiben der Frontsoldaten und Kriegsopfer an den Führer bekanntgegeben, das folgenden Wortlaut hat:

„Aus der Universitätsstadt Tübingen grüßen 40 000 Frontsoldaten und Kriegsopfer Schwabens mitsamt der Bevölkerung herzlichst ihren Führer. Immer mehr erkennen alle, was sie Ihnen, mein Führer, zu danken haben. Alle wollen in aufrichtiger Treue und Dankbarkeit helfen, daß Deutschland stolz und stark werde. Hierin sehen die alten Frontsoldaten ihren besonderen Beitrag zu Ihrem großen Friedenswerk."

Hierauf schloß Gauamtsleiter Greß die Kundgebung

Schweres Autounglück an einem Bahnübergang

Vier Tote

Waldorf (Baden), 11. Aug. Ein furchtbares Autounglück ereignete sich in der Nacht zum Sonntag am Bahnübergang St. Ilgen—Waldorf. Ein mit vier jungen Leuten aus Waldorf und St. Ilgen besetzter Kraftwagen passierte gegen 12.30 Uhr den Bahnübergang. Im gleichen Augenblick raste der Schnellzug D 194 Heidelberg—Karlsruhe heran. **Der Kraftwagen wurde von der Lokomotive erfaßt und vollständig zertrümmert. Die jungen Leute wurden auf der Stelle getötet.**

Appell politischer Leiter in Freiburg

Ansprache Dr. Leys

Freiburg, 11. Aug. 2500 Politische Leiter Oberbadens waren am Samstag in Freiburg zu einem Appell versammelt, den Reichsorganisationsleiter Dr. Ley vornahm.

In Begleitung Dr. Leys befand sich u. a. der Gauleiter und Reichsstatthalter in Baden, Robert Wagner. Von lebhaftem Beifall begrüßt, schritt Dr. Ley die Front jeder einzelnen Bereitschaft ab und hielt dann auf dem weiten Münsterplatz an die Politischen Leiter eine kurze Ansprache. Er führte u. a. aus: Nach einer Zeit tiefsten Niederganges und tiefster Schande werde das deutsche Volk wieder aufwärts geführt. Es werde aber immer so bleiben, daß das Gute mit dem Bösen, das Schöne und Edle mit dem Gemeinen kämpfen werde. Es sei aber allen gesagt: die Partei ist da, und die Partei wird leben, solange Deutschland lebt. Damit müsse sich jeder abfinden. In diesem Kampf um das Schicksal dürfe der Einzelne nicht allein sein. Er müsse die Gewißheit haben, daß das ganze Volk mit ihm kämpfe. Dr. Ley wies im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die Arbeit der letzten zwei Jahre und die Erfolge hin und führte in diesem Zusammenhang den starken Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Erfolge der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude", das Winterhilfswerk und die NS.-Volkswohlfahrt an Er habe das Empfinden, als ob das kein Heidentum und keine Sünde wäre. Wenn man diese Gemeinschaft, diese Kameradschaft, diese Treue, diesen Fleiß, diese Anhänglichkeit und diese ungeheuren Opfer Heidentum nenne, so müsse er sagen, dann seien die Heiden bessere Menschen. Wehe denen, die dem deutschen Volk den Glauben an seine Mission, an seine Rasse, an seine Arbeit und an seine Leistung nehmen wollten. Sie würden diesem Volke alles nehmen. Dr. Ley gab der Erwartung Ausdruck, daß auch bei dem letzten Rest ein Erwachen komme. Das Volk aber könne ihnen niemals wieder überlassen werden.

Wir reichen ihnen die Hände, so schloß Dr. Ley seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen, aber dieser Handschlag soll ehrlich sein. Sie sollen ehrlich marschieren im neuen Deutschland. Es darf uns keiner an unserer Arbeit hindern wollen. Wer es versucht, ist ein Verbrecher am Volke. Wir wollen die verschworene Gemeinschaft von Kameraden bleiben, und wir wollen Adolf Hitler schwören, nicht nachzulassen, bis der letzte Deutsche Nationalsozialist geworden ist.

Nach einem Sieg-Heil auf unseren Führer und das nationalsozialistische Deutschland nahm Dr. Ley anschließend auf dem Adolf-Hitler-Platz den Vorbeimarsch der Politischen Leiter ab. Am späten Nachmittag begab sich der Reichsorganisationsleiter nach Heidelberg.

*

Der Appell in Heidelberg

Heidelberg, 11. Aug. Auf dem Parkplatz der Thingstätte waren der Stab der Gauleitung und die gesamten politischen Leiter aus Mittel- und Unterbaden angetreten. Dr. Ley schritt die langen Reihen ab und hielt dann eine kurze eindrucksvolle Ansprache. Er rief unseren Gegnern und dem gesamten Volk entgegen: Wir wissen, daß der Kampf um Deutschland noch nicht zu Ende ist und daß wir wachsam sein müssen, damit das Volk nicht zurückfallen möge in die vergangene Zeit der Schande und des Aberwitzes. Wir sind gewillt, alles einzusetzen, was wir haben, und wir werden, wenn es das Schicksal so will, alles Schwere auf uns nehmen. Wenn der Führer befiehlt, werden wir alle, vom Minister bis zum letzten Blockwart, auf dem Plane sein. Wir dulden in Deutschland keine andere Weltanschauung als unsere. Wir wissen, was es heißt, wieder eine Nation auf den Damm zu bringen, und wir lassen uns dieses Ziel von niemand schmälern. Die Lauen und die Halben verachten wir; denn wir verlangen den ganzen Kerl, und jeder, der mit uns kämpfen will, ist unser Mann. Wir haben die heutigen Seelsorger schon lange Zeit, aber diese haben die deutsche Seele verkümmern und verkommen lassen und haben sie zuletzt an den Juden ausgeliefert. Deshalb haben sie es sich verscherzt, Seelsorger Deutschlands zu sein. Der Kampf wird hart sein. Ihr politischen Leiter bleibt, was Ihr wart, nämlich der ruhende Pol. Das Volk braucht uns; denn es werden schwere Zeiten kommen. Aber der Führer wird alles meistern. Schaut auf ihn, und wenn wir ihm treu sind und zusammen halten, dann werden wir uns Deutschland erhalten. Adolf Hitler! wir waren und wir sind Dir treu, und wir bleiben Dir treu! Mit dem Sieg Heil auf den Führer und dem Deutschland- und Horst-Wessel-Lied schloß der Appell ab Anschließend wohnten Reichsorganisationsleiter Dr Ley und die zum Appell angetretenen politischen Leiter der Aufführung des Thingspiels „Der Weg ins Reich" auf dem Heiligenberg bei.

Prophezeihungen für die Pariser Zusammenkünfte

London, 11. Aug. Eden wird zu den Dreimächtebesprechungen über die abessinische Frage den Vorschlag einer endgültigen Regelung der bisher nur dilatorisch behandelten Angelegenheit nach Paris mitbringen. Wenigstens glaubt dies der diplomatische Korrespondent der „Morning Post" zu wissen. Welcher Art er sei, werde allerdings streng geheim gehalten. Nur so viel dürfe man annehmen, daß die britische Regierung bereit sei, das ihrige zur Förderung einer friedlichen Lösung zu tun. In Frankreich und Italien sei leider der Glaube weit verbreitet, daß die Hauptsorge Großbritanniens nicht so sehr dem Völkerbund als den Interessen des britischen Reiches gelte. Das mache die Lage noch verwickelter, ja, in politischen Kreisen Italiens sei angedeutet worden, daß Italien sich das Wohlwollen Großbritanniens sofort wieder zuwenden könne, wenn es eine ausdrückliche Verpflichtung eingehe, die britischen Interessen im Gebiete des Tana-Sees zu achten. Wie demgegenüber festgestellt werden müsse, sei in maßgebenden Kreisen Englands noch bis vor kurzem der Standpunkt vertreten worden, daß die Haltung Großbritanniens in dieser Frage nur durch grundsätzliche Erwägungen bestimmt werde.

Später indessen sei angedeutet worden, daß eine Besetzung Abessiniens durch Italien eine Bedrohung der Stellung Großbritanniens in Aegypten bedeuten würde. Es dürfte daher zwischen Eden und Baron Aloisi gelegentlich sehr deutlich gesprochen werden, während Laval die schwierige Aufgabe der Aussöhnung zufallen werde.

Der abessinische Gesandte bei Laval

Paris, 11. Aug. Ministerpräsident Laval hatte am Samstag eine Besprechung mit dem hiesigen abessinischen Gesandten, der sein Land auch auf der letzten Völkerbundsratstagung vertreten hat. Die Unterredung bezog sich auf die Vorbereitung des englisch-französisch-italienischen Meinungsaustausches, der am 16. August in Paris beginnen soll.

Der „Matin" schreibt hierzu: Der abessinische Gesandte habe den französischen Ministerpräsidenten die Zugeständnisse wissen lassen, zu denen seine Regierung bereit sei. In gewissen anderen Punkten habe er aber erneut auf die Unnachgiebigkeit Abessiniens hingewiesen und erklärt, daß man sich in Addis Abeba der Wirklichkeit wohl bewußt sei, daß aber seine Regierung gewissen Forderungen nicht nachgeben zu können glaube.

Das „Journal" umschreibt diese Haltung der abessinischen Regierung noch näher und erklärt, der abessinische Gesandte habe die Bereitwilligkeit seiner Regierung zu gewissen wirtschaftlichen Zugeständnissen dargelegt. Er habe aber jedes politische Zugeständnis abgelehnt, das die Oberhoheit seiner Regierung über Abessinien beeinträchtigen könnte. Das gleiche Blatt glaubt die Ansicht gewisser maßgebender Kreise wiederzugeben, wenn es darauf hinweist, daß man für die Dreier-Konferenz mit etwa vierzehntägigen Verhandlungen rechne.

Reform der französischen Staatsverwaltung?

Laval vor den Präfekten

Paris, 1. Aug. Ministerpräsident Laval sieht die inzwischen erschienenen Notverordnungen nicht als einen Abschluß, sondern als den Ausgangspunkt für die Neuordnung und Modernisierung des gesamten Verwaltungsapparates an. Laval hat am Freitag beim Empfang sämtlicher Präfekten Frankreichs erklärt, daß das bisherige „Fortwursteln" im Verwaltungsbetrieb mit den Erfordernissen der Stunde unvereinbar sei. Er könne sich nicht damit abfinden, daß die Präfekten der Regierung Forderungen übermittelten, die bisweilen in beleidigenden Wendungen gehalten seien. Das sei unerträglich und müsse aufhören. Wenn der Regierungschef sämtliche Präfekten Frankreichs auf einmal zusammenberufe, so müsse schon eine anormale Lage vorhanden sein. Es gehe um das Schicksal des Regimes und um den Bestand des Landes.

Aus diesen Andeutungen folgert die Presse, daß die Regierung jetzt die Verjüngung der Staatsverwaltung in Angriff nehmen werde, die natürlich eine sorgfältige, langwierige und vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments kaum durchzuführende Aufgabe darstelle.

Havas dementiert Donaupaktmeldung des Matin

Paris, 11. Aug. Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas teilt mit, daß die Pressemeldungen, die von einer angeblich kürzlich erfolgten Ueberreichung eines Donaupaktes an die in Frage kommenden Regierungen sprechen nicht zuträfen. Der Meinungsaustausch über den Donaupakt werde fortgesetzt, habe aber noch nicht zu einem konkreten Vorschlag geführt.

Diese Stellungnahme der Havasagentur bezieht sich offenbar auf eine Meldung des römischen Korrespondenten des „Matin", der in halbamtlichen Kreisen erfahren haben will, daß ein zwischen Frankreich und Italien vereinbarter Donaupaktentwurf unlängst allen in Frage kommenden Staaten überreicht worden sei. Dieser Entwurf enthalte 6 Artikel. Durch Artikel 1 verpflichten sich die Unterzeichner freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen zueinander zu unterhalten. Artikel 2 sehe eine gegenseitige Nichtangriffsverpflichtung vor. Artikel 3 enthalte die Verpflichtung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten, außerdem die Verpflichtung, von jeder Werbung oder Agitation gegen das bestehende politische und soziale Regime der verschiedenen Länder abzusehen Durch Artikel 4 übernähmen die Unterzeichner die Verpflichtung, sich miteinander ins Benehmen zu setzen, falls der Pakt durch einen Teilnehmer verletzt werde. Ein Staat, der seine Verpflichtungen verletzte, solle bei den übrigen keinerlei Hilfe oder Unterstützung finden. Artikel 5 und 6 sähen den Rückgriff auf den Völkerbund vor, womit die für die teilnehmenden Parteien geltende Verpflichtung, die Völkerbundsbestimmungen einzuhalten, bestätigt werde. Der Berichterstatter des „Matin" glaubt mitteilen zu können, daß dieser Paktentwurf Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei unterbreitet worden sei.

Die Tagesordnung für die 88. Ratstagung

Genf, 11. Aug. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht die vorläufige Tagesordnung der am 4. September beginnenden 88. Ratstagung. Nach dem Ratsbeschluß vom 3. August soll bekanntlich schon am ersten Tag mit der allgemeinen Erörterung der Beziehungen zwischen Italien und Abessinien begonnen werden. Von politischer Bedeutung sind ferner die Danziger Verfassungsbeschwerden, über die der Völkerbundsrat in seiner Mai-Tagung ein Juristengutachten angefordert hat. Der Juristenausschuß hat im Juli in Genf getagt und einen Bericht ausgearbeitet. Der Sanktionsausschuß, der sich vor einigen Wochen auf unbestimmte Zeit vertagt hat und nicht vor Januar nächsten Jahres wieder zusammentreten dürfte, wird bei der bevorstehenden Ratstagung insofern Gegenstand von Erörterungen sein, als der Rat die Kosten für die Arbeiten des technischen Sachverständigen-Ausschusses, der eine Liste der kriegswichtigen Schlüsselprodukte aufstellen soll, zu bewilligen haben wird. Auch die Angelegenheit der Saarflüchtlinge wird unter finanziellen Gesichtspunkten erörtert werden, nachdem schon im Mai der Antrag gestellt worden ist, dem Nansen-Amt einen Zuschuß bis zu 10 000 Franken zu diesem Zweck zu bewilligen. Neben einer großen Anzahl von Berichten technischer Ausschüsse wird auch der Bericht des Mandats-Ausschusses, der sich im Juni hauptsächlich mit Südwestafrika beschäftigt hat, vorgelegt werden. Außerdem soll nochmals die Frage der griechischen Minderheitenschule in Albanien sowie der Grenzstreit zwischen Irak und Iran behandelt werden.

Italien kauft ausländische Dampfer

Rom, 10. Aug. Die Nachrichten über den Ankauf von ausländischen Dampfern durch italienische Schiffahrtsgesellschaften werden nunmehr von zuständiger italienischer Seite bestätigt. Obwohl Italien seinen eigenen Passagierdienst bereits erheblich einschränkte hat es sich doch als notwendig erwiesen, ausländische Dampfer zu kaufen, um die Verladungen nach den italienischen Kolonien in möglichst beschleunigtem Tempo durchführen zu können.

Abessinien kauft Uniformen

Warschau, 10. Aug. In Lodz ist eine Abordnung abessinischer Kaufleute eingetroffen, die größere Mengen fertiger Uniformen zur Ausstattung der abessinischen Armee angekauft haben. Weitere Abschlüsse sollen demnächst in Aussicht genommen sein.

Die „Times" zu den englisch-französischen Flottenbesprechungen

London, 10. Aug. Der Pariser Korrespondent befaßt sich mit dem Besuch des Kapitäns Danckwerts von der britischen Admiralität in Paris. Dieser Besuch habe hauptsächlich den Zweck, mit französischen Sachverständigen die Frage der qualitativen Begrenzung zur See zu erörtern.

Nach Ansicht der „Times" sei das französische Marineministerium nach Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens nicht geneigt gewesen, sofort der Anregung der britischen Regierung zu entsprechen und Marinesachverständige nach London zu entsenden. Kapitän Danckwerts sei es gelungen, die dünne Eisschicht zu zerbrechen, mit dem dieses Abkommen einen Augenblick lang die englisch-französischen Beziehungen bedeckt

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

habe. Es dürfe daher angenommen werden, daß eine Erörterung zwischen Sachverständigen Großbritanniens, Frankreichs und auch noch anderer Nationen in London vereinbart werden könnte. Aber auch wenn Frankreich und Großbritannien einer Meinung über die qualitative Begrenzung sein mögen, bleibe noch viel zwischen ihnen zu erörtern. Kapitän Danckwerts hat nach Ansicht der „Times" kein langfristiges französisches Bauprogramm nach London mitgenommen und hat auch kein britisches Programm in Paris zurückgelassen.

Streikvorbereitungen in Amerika

Neuyork, 11. Aug. Der Kampf zwischen dem Büro der Arbeitsbeschaffungsbehörden in Neuyork und den Gewerkschaften, die für die Notstandsarbeiter Gewerkschaftslöhne verlangen, hat eine weitere Verschärfung erfahren. Bisher haben etwa 2000 Notstandsarbeiter der Streikparole Folge geleistet. Während General Johnson die Streikenden ermahnt, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, hat der Spruchausschuß der Gewerkschaften die Notstandsarbeiter aufgefordert, am Montag in den Generalstreik zu treten.

Der Arbeiterrat für Notstandsprojekte in Philadelphia hat gleichfalls den Streik ausgerufen. Streikposten gehen vor der Marinewerft von Philadelphia mit Plakaten auf und ab, auf denen verkündet wird, der amerikanische Arbeiter sei kein Kuli und arbeite auch nicht für Kulilöhne.

Der Gewerkschaftsrat von Worcester (Massachusetts) hat den für den 1. September angesetzten Streik der dortigen Notstandsarbeiter gutgeheißen.

*

Warnung an die streikenden Notstandsarbeiter

Allgemeiner Proteststreik am 17. August

Neuyork, 11. Aug. Die Bundesarbeitsbeschaffungsbehörde hat den streikenden Notstandsarbeitern eine ernste Warnung zukommen lassen. Maßgebende Beamte der Behörden erklärten, daß die Streikenden, die am Montag ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen, durch andere Arbeiter ersetzt und von der Bundesunterstützungsliste gestrichen werden würden.

Der Landesleiter der „Workens Alliance of America", David Lasser, erklärte, **500 000 Gewerkschaftler und Nothilfearbeiter würden am 17. August in 30 Bundesstaaten gegen die „Kulilöhne" der Regierung protestieren.**

*

Keine Unterstützung

für arbeitsablehnende Erwerbslose

Washington, 10. Aug. Zu den gegenwärtigen kommunistischen Versuchen, in Neuyork, gegen den von der Regierung festgesetzten Monatslohn von 93,50 Dollar zu hetzen und die Erwerbslosen, die mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden sollen, von der Arbeit fernzuhalten, gab Präsident Roosevelt am Freitag eine bemerkenswerte Erklärung ab. Er kündigte nämlich an, daß ein Erwerbsloser, der ihm angebotene Arbeit nicht annehme, von der Liste der Unterstützungsberechtigten gestrichen werden würde. Diese Maßnahme des Präsidenten findet beim größten Teil des Volkes Anklang, da es viele Menschen in den Vereinigten Staaten gibt, die kaum mehr als 80 bis 100 Dollar monatlich verdienen.

Lokales

Wildbad, den 12. August 1935.

Kamerun-Vortrag. Der in Wildbad zur Kur weilende ehemalige Kolonialbeamte Br. Dittrich, Leipzig, wird Dienstag, den 13. August von 20½ — 22 Uhr im Kursaal einen Vortrag über unsere ehemalige Kolonie „Kamerun" halten und dabei etwa 60 interessante Lichtbilder mit schönen Frauen und Männern vorführen. Insbesondere möchte er die Mannigfaltigkeit und Eigenart des Landschaftscharakters schildern und mit wenigen Strichen ein Bild von seiner schwarzen Umgebung zeichnen, die in dem geheimnisvollen Walten einer noch ungebändigten Natur ihre seltsamen Sitten und Gebräuche fanden und unter deutscher Führung den ersten Schritt zur Zivilisation tat. Als D. im April 1907 zum ersten Mal das afrikanische Festland am Guineabusen betrat, war Kamerun noch eine junge, werdende deutsche Kolonie, ein Land, in dem die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse noch keineswegs geklärt waren. Des Schicksals Weg führte ihn schon früh von der Küste ins Innerste Afrikas, durch die dunklen Tropenwälder in die sonnendurchglühten Steppengebiete des Sudan. Später rief ihn die Wildnis des berüchtigten Munigebiets und die des Sangazipfels im Kongobecken — der Herd der Schlafkrankheit, wo D. vom Weltkriege überrascht worden war. Schmale Negerpfade und durch ihren Krokodilreichtum gefürchtete Flüsse erschlossen seinen Augen eine große Wildnis, die sich ihm mit allen ihren Reizen, aber auch ihren Schattenseiten aufdrängte. — Nur wer jahrelang mitten in der Entwicklung des Landes stand, der kann ermessen, wie groß das deutsche Kulturwerk in Afrika war, das schließlich durch die Treue und Anhänglichkeit der Eingeborenen an ihre deutschen Erzieher und Ratgeber im Frieden wie im Kriege ihre schönste und erhabenste Weihe gefunden hat. Leider ist einem großen Teile unserer Volksgenossen der Verlust der Kolonien nicht so recht zum Bewußtsein gekommen wie er es in Wirklichkeit verdient. Man rechnete einfach mit den Landesprodukten und ihrem Handel und interessierte sich weniger für die ideellen Werte einer Kolonie. Diese Erinnerung soll wieder wachgerufen und der koloniale Gedanke erneut geweckt werden. Darum versäume keiner den Vortrag, schon aus dem Grunde nicht, weil der Reinertrag der N.-S.-Volkswohlfahrt zugeführt wird.

Ausstellung der Handwerkskarte. Die Handwerkskammer Reutlingen macht darauf aufmerksam, daß viele Angehörige des Handwerks die ausgegebenen Fragebogen für die Handwerkskarte statt ihrem Innungsobermeister direkt der Kammer zuleiten. Es wird dringend ersucht, die ausgefüllten Fragebogen dem zuständigen Innungsobermeister zu übergeben, weil die Zusendung nach Reutlingen lediglich eine Erschwerung der Arbeit mit sich bringt.

Württemberg

Zum Ausbruch der spinalen Kinderlähmung

Stuttgart, 11. Aug. Das württembergische Innenministerium gibt bekannt: Die spinale Kinderlähmung ist in mehreren Orten der Kreise Hall und Gaildorf bei Jugendlichen aufgetreten. Der Herd der Erkrankungen ist in Vellberg Kreis Hall. Die Erkrankungen in den benachbarten Orten sind auf Ansteckungen von Vellberg aus zurückzuführen. Die meisten Uebertragungen sind zu einer Zeit erfolgt als die Art der Erkrankung noch nicht bekannt war. Nunmehr sind scharfe polizeiliche Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung getroffen; es mußten insbesondere alle Massenansammlungen verboten werden. Wenn auch noch mit einem weiteren Auftreten von Einzelfällen in der nächsten Zeit gerechnet werden muß, so ist doch zu hoffen, daß die Häufung neuer Fälle vermieden werden kann. Die frühzeitige Erkennung der Krankheit gewährleistet nicht nur die besten Heilungsaussichten durch die Anwendung von Heilserum, sondern gibt auch die Möglichkeit, rechtzeitig Bekämpfungsmaßnahmen zu veranlassen. Es ist daher besonderer Nachdruck auf eine entsprechende Aufklärung der Bevölkerung der bedrohten Kreise gelegt worden. Die Erkrankungen sind bis jetzt im allgemeinen leicht aufgetreten. Grund zur Besorgnis wegen Ansteckung an nicht befallenen Orten besteht nicht.

Biwack in Hohenheim

Stuttgart, 10. Aug. Das friedliche Hohenheim hatte am Freitag einen großen Tag. Unter Führung seines Kommandeurs, Oberst Schmidt, hatte das Regiment Ludwigsburg nach mehrtägigem Marsch Hohenheim erreicht und hinter dem Schloß Biwak bezogen. In peinlichster Ordnung hatten die drei Bataillone ihr Biwak aufgeschlagen, wozu auch das Gelände wie geschaffen war. Auch für die 400 Pferde des Regiments war trefflich gesorgt. Die etwas schwierige Wasserfrage hatte die Brauerei Leicht-Vaihingen, die ihre Wasserwagen zur Verfügung gestellt hatte, in glänzender Weise gelöst. Im Norden das Ramsbachtal, im Süden die Alb — loderten nach Anbruch der Dunkelheit auf dem Feld, weithin sichtbar, acht mächtige Lagerfeuer auf, ein Bild romantischer Schönheit. Die Musikkorps unter Leitung von Obermusikmeister Schmidt waren auseinandergezogen und spielten, in einzelne Trupps verteilt, meist vor den Kantinen und auf der Mitte des Feldes ihre flotten Weisen. Die zahlreichen Besucher freundeten sich recht bald mit unseren Soldaten an und es entwickelte sich ein regelrechter Volksfestbetrieb. Im Laufe des Abends erschien auch Reichsstatthalter Murr. Den feierlichen Abschluß des Tages bildete der Große Zapfenstreich.

*

Vorbeimarsch in Stuttgart

Am Samstag vormittag rückte das Infanterieregiment Ludwigsburg mit klingendem Spiel in der schwäbischen Landeshauptstadt ein. Schon lange vorher umsäumten Tausende von Volksgenossen den Schloßplatz. Reichsstatthalter Murr und Oberstleutnant Zahn als Vertreter der Wehrmacht hatten sich auch eingefunden. An der Spitze des einrückenden Regiments ritt der Regimentskommandeur, Oberst Schmidt, der den Vorbeimarsch abnahm. In strammer Haltung, eherner Disziplin und in tadellos klappendem Exerziermarsch marschierten die drei Bataillone vorbei. Das Regiment Ludwigsburg wird nach kurzer Marsch- und Verpflegungspause bei Stammheim im Laufe des frühen Nachmittags in seinem Standort eintreffen.

Stuttgart, 10. Aug. (Tagung.) Der 11. Deutsche Physiker- und Mathematikertag findet in der Zeit vom 22. bis 28. September 1935 mit Beteiligung der Gesellschaft zur Förderung des Funkwesens in Stuttgart statt. Gleichzeitig halten die Deutsche Physikalische Gesellschaft ihre ordentliche Geschäftsversammlung, die Deutsche Gesellschaft für technische Physik ihre 16. Jahrestagung, die Deutsche Mathematikervereinigung und die Gesellschaft für angewandte Mathematik und Mechanik ihre Mitgliederversammlungen und der Mathematische Reichsverband seine Jahresversammlung ab.

Auflösung. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Kameradschaftsbund „Furchtlos und treu", e. V., Sitz in Stuttgart, wurde durch Verfügung des Württ. Politischen Landespolizeiamts auf Grund des Paragraph 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 aufgelöst. Der Verein hatte den Anschluß an den Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser" wiederholt abgelehnt. Andererseits glaubte er auf die ihn in gütlicher Form nahegelegte Selbstauflösung nicht verzichten zu können. Der Verein zählte zuletzt 38 Mitglieder.

*

Rottweil, 10. Aug. (Folgen eines Unfalles.) Vor etwa 14 Tagen wurde der Landwirt Friedrich Henne beim Ausspannen von einer Kuh angegriffen und zu Boden geworfen. Die Verletzungen schienen zunächst nicht ernsthafter Natur zu sein. Man maß dem Unfall fast keine Bedeutung bei. Nun ist der Verunglückte aber doch an den Folgen des Unfalles im Alter von 71 Jahren verschieden.

Ludwigsburg, 11. Aug. (Verschüttet.) Im Hause Hintere Schloß-Straße 12 ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. In dem alten Gebäude wurden Erneuerungsarbeiten ausgeführt. Im oberen Stockwerk waren Zimmerleute mit der Beseitigung einer Stützwand beschäftigt. Dabei löste sich plötzlich die Decke des Dachgeschosses und fiel mit Getöse herunter, den 27jährigen Hermann Bauer aus Gronau und den 26jährigen Adolf Kapp aus Heumaden unter Gebälk und Schutt begrabend. Die Kameraden der Verschütteten und die Hauseinwohner eilten sofort zur Hilfe. Während Kapp verhältnismäßig schnell aus der schwierigen Lage befreit werden konnte, mußte Bauer, der vermutlich durch die schweren Verletzungen bewußtlos geworden war, erst durch Abräumen des Schutts gesucht werden. Hermann Bauer erlitt außer einem Unterkieferbruch schwere Schädelbrüche, Adolf Kapp neben Quetschungen Rippenbrüche.

Rielingshausen, OA. Marbach, 11. Aug. (Unwetterschäden.) Am Freitag abend ging über der hiesigen Markung ein furchtbares Unwetter nieder. Sturm und Hagelschlag richtete an Obstbäumen und an den Weinbergen großen Schaden an. Durch den Sturm wurden an vielen Obstbäumen starke Aeste abgerissen und manche Bäume entwurzelt. Die mit Kartoffeln, Rüben, Bohnen usw. angepflanzten Brachfelder bieten einen trostlosen Anblick; alles wurde durch den Hagelschlag in den Boden gewalzt. In der Gemeinde selbst wurden viele Dächer und Fenster durch Sturm und Hagelschlag beschädigt.

Aalen, 11. Aug. (Wolkenbruch.) Ueber die hiesige Gegend brach ein Gewitter mit ungeheurer Wucht und Schnelligkeit herein. Rasch waren die Gehsteige überschwemmt, der Marktplatz glich einem ausgedehnten See. Die Unterführung von der Olgastraße zum Härtsfeldbahnhof war vollkommen unter Wasser gesetzt. Nach einer knappen halben Stunde war die Kraft des Unwetters gebrochen.

Horb, 11. Aug. (Plakate abgerissen.) **Dieser Tage waren in Horb a. N. die durch die Ortsgruppe der NSDAP. zum Aushang gebrachten Plakate mit dem bekannten Aufruf gegen das verbrecherische Treiben des politischen Katholizismus an zwei Stellen in der Altheimer Straße abgerissen worden. Als Täter ermittelte das Landjägerstationskommando die 40 Jahre alte Ida Dreher, die sich nunmehr vor dem Gericht zu verantworten haben wird.**

Freudenstadt, 11. Aug. (Senkung der Bürgersteuer.) In der letzten Sitzung der Ratsherren wurde beschlossen, die Bürgersteuer von 800 auf 700 Prozent zu senken. Aus der Gaspreis konnte von 22 Pfennig auf 21 Pfennig herabgesetzt werden. Der Voranschlag des Gemeindehaushalts für das Rechnungsjahr 1935 schließt mit einem Abmangel von 367 000 RM. Er wird gedeckt durch eine Gemeindeumlage von 20 Prozent. Zu Beginn der Sitzung wurde die Einführung der neuen Ratsherren gemäß den Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung vollzogen.

Tuttlingen, 11. Aug. (Ertrunken.) Hier spielten zwei Kinder am Ufer der Donau. Der sechs Jahre alte Wilhelm Kleinmann kam dabei auf die Zementplatten der Uferbefestigung zu stehen, rutschte aus und stürzte ins Wasser und ertrank.

Friedrichshafen, 11. Aug. (Auflösung der Delag.) Wie Dr. Eckener dem Vertreter des DNB. mitteilte, wurde bei der am Samstag stattgefundenen außerordentlichen GV. der Deutschen Luftschiffahrts AG. (Delag) deren Auflösung beschlossen. Die Delag wird durch die Deutsche Zeppelinreederei abgelöst. Als Liquidator wurde Dr. Eckener bestimmt.

Schwerathletiksportfest in Ebersbach

Helmuth Schäfer-Stuttgart stößt Weltrekord

Anläßlich seines 25jährigen Bestehens führte der Sportverein Ebersbach nationale Kraftsportwettkämpfe durch. Schon am Samstag gab es eine „Sensation". Im Gewichtheben erreichte der Stuttgarter Helmuth Schäfer in der Federgewichtsklasse mit 580 Pfund Gesamtleistung im Olympischen Dreikampf eine bisher noch unerreichte Weltbestleistung. Schäfer verbesserte dann noch seinen eigenen Weltrekord im beidarmigen Stoßen von 246 auf 250 Pfund. Diese fantastische Leistung erreichte der Stuttgarter bei einem Körpergewicht von 119 Pfund.

Mit guten Ergebnissen warteten die Rasenkraftsportler auf. Beim Hammerwerfen überragte Wolf-Karlsruhe im Mittelgewicht, der mit Würfen von 45, 46 und 47 Meter aufwartete und schließlich in der Entscheidung 49,03 Meter bezwang.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Badblatt, Wildbad im Schwarzwald (Inh. Th. Gack) DA. 7. 35. 750 Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Staatl. Kursaal Wildbad

Montag, den 12. August 1935
abends 8.30 Uhr

Ein Schwarzwald-Abend

Volkslieder – Volkstänze – Allerlei Schwäbisches
Bilder aus dem Schwarzwald

Eintritt: Einheitspreis 50 Pfg. – Stuhl- und Tischreihen

Schwarzwaldverein / Ortsgruppe Wildbad

Landes-Kurtheater Wildbad
Intendant Richard Krauss
vom Stadttheater Heilbronn
Anfang täglich 8.15 Uhr
Fernsprecher 535

Montag, 12. August
Die deutschen Kleinstädter
Lustspiel in 4 Akten

Dienstag, 13. August
Frischer Wind aus Kanada
Ein Schwank mit Musik

Mittwoch, 14. August
Die Fledermaus
Operette in 3 Akten

Donnerstag, 15. August
Strassenmusik
Musikalisches Lustspiel

Freitag, 16. August
Hilde und 4 PS
Lustspiel in 3 Akten

Wildbad, 12. August 1935.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unseren unvergeßlichen, treubesorgten Vater, Großvater, Schwager und Onkel

Carl Etzel, Maurermeister

im Alter von 54 Jahren am Sonntag früh 8¼ Uhr, nach überstandener Operation im Kreiskrankenhaus, zu sich zu rufen.

Um stille Teilnahme bittet

Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Mathilde Etzel
geb. Schweizer.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 5 Uhr vom Trauerhaus (König-Karlstraße) auf dem Waldfriedhof.

Turn-Verein Wildbad e. V. 1884

Am Montag den 12 August, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal „Alte Linde" eine außerordentliche

Versammlung

statt. — Die Mitglieder des Vereins, besonders die Ehrenmitglieder, werden gebeten, restlos zu erscheinen.

Tagesordnung:
50jähr. Jubiläumsfest des Turnvereins.

Der Turnrat.

Das beste Werbemittel
für Ihr Geschäft
ist eine Anzeige
im
„Wildbader Tagblatt"

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw